

## Mehr deutsches Engagement in den Vereinten Nationen!

*Ein Diskussionsbeitrag zu ausgewählten Themen des DGVN-Forderungskatalogs  
„Globale Politik aktiv gestalten – in und durch Deutschland: Zehn Prioritäten für die  
künftige deutsche UN-Politik“ für eine künftige Ausrichtung und Gestaltung deutscher  
Politik bei den UN*



*Die Erstellung des Diskussionsbeitrags wurde aufgrund der zahlreichen Gespräche während der DGVN-Mitgliederreise ermöglicht. Die Teilnehmenden danken der DGVN und der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen für die Unterstützung sowie Patrick Rosenow, Leitender Redakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN für die Koordination der Mitgliederreise.*

Redaktion: Martina Kampmann, Daniel Maier, Patrick Rosenow  
12. Oktober 2017

Weitere Informationen zur DGVN-Mitgliederreise:

<http://www.dgvn.de/meldung/dgvn-mitgliederreise-nach-new-york/>



## **Vorwort<sup>1</sup>**

*Anlässlich der Bundestagswahl am 24. September 2017 hat der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) gefordert, die deutsche UN-Politik entlang von zehn Prioritäten auszurichten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der DGVN-Mitgliederreise, die vom 27. August bis 2. September 2017 an den Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York führte, haben diese Empfehlungen aufgegriffen und mit ihren Gesprächspartnern diskutiert. In der Nachbereitung wurden einige Aspekte näher beleuchtet, um zentrale Forderungen der DGVN zu ergänzen, die in die Arbeit der DGVN einfließen könnten. Dies betrifft unter anderem die Themen UN-Reformen, die Umsetzung der Agenda 2030, die Friedenssicherung sowie die öffentliche Wahrnehmung der UN in Deutschland. Weitere Gelegenheiten zur Schwerpunktsetzung ergeben sich im Zuge der Koalitionsverhandlungen sowie der Kampagne „Deutsche Kandidatur für den Sicherheitsrat 2019/20“.<sup>2</sup>*

## **Die UN unter Reformdruck**

1. Die UN stehen unter mehreren Gesichtspunkten unter Reformdruck. Die Krisenanfälligkeit der Welt ist gestiegen und die Unberechenbarkeit nationaler Politiken gewachsen. Multilateralismus, Wahrung der Menschenrechte und globale Solidarität scheinen keine Werte zu sein, die von allen Mitgliedern akzeptiert und bedingungslos getragen werden. Zudem sehen sich die ständigen und nicht-ständigen Vertreter im Sicherheitsrat mit besonders drastischen Krisenthemen konfrontiert (unter anderem Nordkorea und Syrien) und baldige diplomatische Lösungen scheinen nicht zuletzt aufgrund verhärteter Positionen erschwert. Gleichzeitig geht mit den gestiegenen Ansprüchen ein wachsender finanzieller Druck einher, vor allem durch Mittelkürzungen von Gebern wie der US-Regierung unter Präsident Donald J. Trump, die Reformen und Finanzkürzungen verquicken möchte.
2. UN-Generalsekretär António Guterres hat als neuen Ansatz seiner Amtsperiode das Ziel der Prävention und Stabilisierung gesetzt. Es geht im Gesamtgefüge der UN um umfassende Reformen, die das Denken und Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verändern werden und das Vertrauen der Mitglieder in die UN und ihre Leistungen stärken sollen. Wie den Gesprächen zu entnehmen ist, kommen in den UN – zum Beispiel aus Sicht des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) – drei Elemente als „Nexus“ zusammen: die geopolitischen Machtverhältnisse zwischen den Staaten und die aktuellen Krisen, inklusive Brennpunkte wie Syrien, Nordkorea; die Ausrichtung der UN selbst auf Nachhaltigkeit und Sicherheit; sowie innerhalb der UN das Reformpaket „Friedenssicherung“ mit dem wachsenden Bedarf nach Stabilisierung in den Krisenländern mit gleichzeitigem Wandel des Politikfeldes der Entwicklungszusammenarbeit, das ebenfalls neuen Anforderungen gerecht werden muss. Bei der

<sup>1</sup> Die hier vorgestellten Ideen und Beiträge stützen sich auf Eindrücke und Gespräche, die während der DGVN-Mitgliederreise nach New York vom 27. August bis 2. September 2017 entstanden sind. Es handelt sich dabei nicht um offizielle Standpunkte der DGVN oder Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen.

<sup>2</sup> Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York:  
<http://www.new-york-un.diplo.de/Vertretung/newyorkvn/de/Startseite.html>



Umsetzung der Präventionsstrategie solle konkret das Vertrauen der Mitglieder in die UN gestärkt werden, unter Einbeziehung anderer Allianzen (zum Beispiel die G20) oder Akteure aus dem Privatsektor sowie der Zivilgesellschaft.

3. Tonangebend für den Wandel in den UN wird zudem vor allem die weltweite Umsetzung der Agenda 2030 sein. Allerdings sind zu deren Umsetzung zunächst Reformen in vielen Bereichen der UN voranzutreiben. Hierzu zählen folgende zwei Ebenen: die Transformation für mehr Nachhaltigkeit in der Umsetzung der Agenda 2030 – vor allem auch in Deutschland – und die angestrebte Reform des UN-Entwicklungssystems (United Nations Development System – UNDS) inklusive des UNDP.

#### **„Geteilte Verantwortung“ – Umsetzung der Agenda 2030 vor der eigenen Haustür**

4. Bislang werden die Agenda 2030 und deren 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) vornehmlich dem Politikfeld der Entwicklungspolitik zugeordnet. Dies greift jedoch viel zu kurz. Mit der Umsetzung der Agenda 2030 und den SDGs, die eine „geteilte Verantwortung“ und damit eine kohärente globale Zusammenarbeit durch Beiträge aller Staaten vorsehen, stehen auch in Industriestaaten wie Deutschland alle relevanten Politikfelder, Organisationen und Akteure auf verschiedenen Ebenen mit in der Verantwortung. Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsagenda macht deshalb erhöhte Anstrengungen zur Politikkohärenz auf sub-nationaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene notwendig.

Aus den Gesprächsterminen der DGVN-Mitgliederreise sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

- Deutschland sollte dringend verdeutlichen, dass die Umsetzung der Agenda 2030 mit einem nationalen Prozess auch in Deutschland einhergeht, wobei die UN als koordinierte globale Umsetzungsplattform dient. Es ist also notwendig, in der deutschen Öffentlichkeit die Relevanz der Agenda 2030 zu verdeutlichen und im nationalen sowie europäischen Kontext zu erweitern, und damit auch die Bedeutung der UN als multilaterale Organisation zu erhöhen. Beispielsweise ist eine stärkere Einbindung und öffentliche Wahrnehmung des „Global Compact Netzwerk Deutschland“<sup>3</sup> für verantwortungsvolle Unternehmensführung wünschenswert.
- Deutschland implementiert seine Beiträge zu den SDGs nicht zuletzt auf Basis der nationalen aktualisierten Nachhaltigkeitsstrategie. Die Berichterstattung, auch gegenüber den UN, sollte vermehrt zusammen mit den relevanten Akteuren von (sub-nationaler) Politik und Gesellschaft geschehen. Neben den von der DGVN bereits genannten Indikatoren können wir ergänzen, für welche Bereiche sich die deutsche Seite noch besonders einsetzen sollte: zum SDG-Ziel 5 der Geschlechtergleichheit, das gleiche Rechte für Frauen als Akteure des Wandels („agents of change“) in wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen wie auch friedenspolitischen Fragen bedingt, gibt es Nachholbedarf in Deutschland, in der EU sowie in den Partnerländern. Das SDG-Ziel 11 sollte für eine *umfassende* nachhaltige Stadtentwicklung stehen sowie die Beteiligung an

<sup>3</sup> Das Deutsche Global Compact Netzwerk unterstützt Unternehmen und Organisationen dabei, ihre Strategien und Aktivitäten an Nachhaltigkeitszielen und der Vision des UN Global Compact auszurichten, siehe: <https://www.globalcompact.de/>. Der UN Global Compact ist die weltweit größte und wichtigste Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung, siehe: <https://www.unglobalcompact.org/>



Multiakteursplattformen der UN und an urbanen SDG-Netzwerken stärken. Beim SDG-Ziel 16 zu Frieden, Rechtstaatlichkeit und starken Institutionen könnte stärker auf die im In- und Ausland notwendige Transparenz in Sachen Lobbyismus und Korruption Wert gelegt werden bis hin zur substanziellen Verringerung von illegalen Finanzströmen und Waffenlieferungen.

- Aus dem internationalen Blickwinkel unterstreichen wir auch ausdrücklich die Forderung an die neue Bundesregierung, zur Stärkung globaler Gerechtigkeit zur Verabschiedung eines internationalen Steuerabkommens beizutragen und in der kommenden Legislaturperiode Maßnahmen zu ergreifen, dass ökologische und soziale Kosten für Wohlstand in Deutschland nicht mehr externalisiert werden. Tatsächlich wirksam wäre dafür eine entsprechende CO<sub>2</sub>-Steuer, um über Preismechanismen Produktion und Konsum nachhaltiger zu gestalten.<sup>4</sup>

### **Reform der UN-Entwicklungspolitik**

5. Mit Blick auf die DGVN-Forderung, die Entwicklungszusammenarbeit an die Agenda 2030 anzupassen sowie die multilaterale Zusammenarbeit auszubauen, wurde während der Gespräche deutlich, dass eine umfassende Reform innerhalb der UN und insbesondere von UNDP zusammen mit den anderen Organisationen im Entwicklungsbereich (UNDS) notwendig ist. Die UN fit für ihren Zweck zu machen („fit for purpose“) ist das Leitmotiv für den eigenen Reformbedarf, um die Umsetzung der SDGs angemessen zu unterstützen. Dafür müssen die Strukturen und Abläufe des UN-Systems angepasst und Koordinations- und Kooperationsverhältnisse der Agenturen, vor allem in ihrer Arbeit vor Ort verbessert werden.
6. Der seit April 2017 als Administrator von UNDP eingesetzte Achim Steiner sieht den neuen Strategischen Rahmenplan 2018-2021 als Gelegenheit für eine Neuausrichtung des „Geschäftsmodells“. Stärkere Synergien sind vor allem zwischen UN-Organisationen vor Ort vorgesehen mit einem Fokus auf die Menschen, weniger auf Prozesse (eine Reform die allerdings auch schon früher als notwendig angesehen wurde). Oder, wie der Administrator ausführte: „The UN Secretary-General has made very clear in his reform proposals that business-as-usual is not an option. Our goal must be a 21st century UN development system that is more focused on people, less on process; more on results for the poor and marginalized, less on bureaucracy; more on providing integrated support across familiar silos, less on turf battles and competition“<sup>5</sup>. Noch nicht klar ist, ob UNDP auch Einfluss abgeben muss, zum Beispiel ob die UN-Koordinatoren vor Ort (Resident Representatives) wie bisher von UNDP geführt oder eher zentral geleitet werden. Eine stärkere Einbindung der stellvertretenden Generalsekretärin scheint dabei ein Ansatz zu sein, den Deutschland in vertiefenden Gesprächen verfolgen könnte.

<sup>4</sup> Evita Schmiege, Außenhandelspolitik und Sustainable Development Goals. Mehr Nachhaltigkeit begegnet berechtigter Globalisierungskritik, SWP-Aktuell 2017/A67, Oktober 2017.

<sup>5</sup> Achim Steiner, UNDP Administrator, Statement to the 2nd Regular Session of the UNDP Executive Board, 5.9.2017, siehe: <http://www.undp.org/content/undp/en/home/presscenter/speeches/2017/09/05/achim-steiner-undp-administrator-statement-to-the-2nd-regular-session-of-the-undp-executive-board.html>



---

***Regionale Dynamiken erkennen, Präsenz vor Ort und Multilateralismus stärken***

7. UN-Organisationen mit Präsenz in Länderteams müssen die Koordination ihrer Zusammenarbeit verbessern, um durch gemeinsames Handeln eine größere Wirkung in Partnerländern zu erzielen. Humanitäre Übergangshilfe und Stabilisierungsmaßnahmen dienen dabei auch dem Aufbau von staatlichen Strukturen und Institutionen, vor allem dort, wo die UN mit einer Friedensmission oder Politischen Mission präsent sind. Mit Blick auf regionale Herausforderungen ist es außerdem wichtig, länderübergreifende ganzheitliche Strategien zu entwickeln (zum Beispiel für die Sahelzone). Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dominiert aus multilateraler Sicht allerdings immer noch der Blick auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, was weitgehend auch für Deutschland angenommen wird. Die UN sehen sich als Teil des Ganzen und benötigen entsprechenden finanziellen und politischen Rückhalt als multilaterale Organisation. Insgesamt war den Gesprächen die Sorge zu entnehmen, dass die Finanzierung nur sehr schwer mit den wachsenden Aufgaben Schritt hält. Im Bereich der Kernfinanzierung („core funding“) werden Mittel von den Geldgebern immer weniger flexibel vergeben, 90 Prozent der Mittel sind der projektgebundenen Finanzierung („non-core funding“) zuzuordnen (Verhältnis bei UNDP liegt derzeit bei ca. 1 zu 10, statt 3 zu 4 wie als adäquat angesehen würde). Deutschland sollte deshalb mindestens zweijährige Finanzierungsbedarfe berücksichtigen und deutsche Beiträge in die Kernhaushalte aufstocken.
  
8. Zusammenfassend ist festzustellen: Die globale Strategie der SDGs werden für die UN und UNDP wie geschaffen angesehen. Durch die SDGs wird Entwicklung im Rahmen von 20 Jahren endlich geopolitisch und universell gesehen. Die zentrale Rolle wird die Nachhaltigkeit und Stärkung von Frauenrechten spielen (jedes Ziel wird auch zur Erreichung anderer Ziele verhelfen). UNDP schätzt die Aufmerksamkeit für die SDGs seitens der Mitgliedstaaten als hoch ein. So hat Japan die Umsetzung der SDGs schon im Office von Premierminister Shinzō Abe hochrangig angesiedelt, wird berichtet. Die Japanische Privatwirtschaft engagiert sich. In Mexiko und vielen anderen Ländern sind auch Städte aktiv in der Umsetzung der SDGs. Hier kommt auf UNDP eine besondere Aufgabe zu. Stärkere Koordinierung, Komplementarität und Kooperation mit anderen UN-Organisationen und anderen Geldgebern muss gestärkt werden; neue Akteure in den Ländern, wie Städte und Regionen, sind zunehmend als sub-nationale Akteure ernst zu nehmen und auch in strategische Fragen zur Nachhaltigkeitsagenda einzubinden. Insgesamt wird der Nexus der ökologischen, sozialen und ökonomischen Wissensbereiche auch in den UN immer noch als neue Herausforderung für die Zukunft angesehen. Es bedarf einer neuen Sichtweise der Komplementarität und der Frage wie damit umzugehen ist. Allerdings sind dafür notwendige Wandlungsprozesse für multidisziplinäre und komplementäre Zusammenarbeit auch in vielen anderen Organisationen langfristig anzusetzen. In den Bemühungen, effiziente Entwicklungspolitik zu gestalten, sollte vor allem die „Politikkohärenz“ eines der Schlüsselthemen für alle die UN betreffenden Politikbereiche bilden. Komplementarität zwischen multilateraler und bilateraler Entwicklungszusammenarbeit vor Ort ist zunehmend anzustreben. Aber auch die EU-Politik ist zu überprüfen. Hier geht es vor allem um Subventionen für die mit EU-Mitteln geförderte Landwirtschaft mit Blick auf den Agrarsektor vor allem auf dem afrikanischen Kontinent konträr zu Maßnahmen der Entwicklungspolitik. Das Thema Politikkohärenz sollte deshalb auch im Koalitionsvertrag einer neuen Regierung dringend berücksichtigt werden.



***Friedenssicherung der Vereinten Nationen auf dem Prüfstand – Konflikte nicht verwalten, sondern aktiv verhindern***

9. Es ist Einiges in Bewegung im Sekretariat der Vereinten Nationen, insbesondere in der Hauptabteilung Friedenseinsätze (Department of Peacekeeping Operations – DPKO), das für die Durchführung der Friedensmissionen zuständig ist. Neben der Reform-Agenda für Frieden und Sicherheit, die von den Mitgliedstaaten und dem Generalsekretär António Guterres mit Nachdruck vorangetrieben wird, besteht Unsicherheit mit Blick auf die zukünftige Finanzierung der 16 Friedensmissionen sowie die Erfolgskriterien für deren Beendigung. Seit seinem Amtsantritt hat Guterres mehrfach hervorgehoben, dass Konfliktprävention nicht nur eine Priorität sei, sondern „die Priorität“. Gleichzeitig liege die Verantwortung, so Guterres, bei den Mitgliedstaaten.
10. Der Verwaltungs- und Haushaltsausschuss der Generalversammlung hat im Juni, kurz vor Beginn des neuen Finanzjahrs zum 1. Juli, einen Haushalt in Höhe von 6,8 Milliarden US-Dollar verabschiedet und somit Kürzungen von annähernd 10 Prozent beschlossen. Dies entspricht 800 Millionen US-Dollar und muss im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der US-Regierung unter Trump gesehen werden. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, sämtliche Friedensmissionen einer umfassenden strategischen Überprüfung zu unterziehen, verbunden mit dem Anspruch den US-Beitrag zum Budget der UN-Friedenssicherung langfristig zu reduzieren. Anstatt Ergebnisse und Empfehlungen der Überprüfungen abzuwarten, scheint die überhastete Reduzierung der Beiträge jedoch Vorrang zu haben. Kurz vor Beginn der Eröffnung der 72. Generalversammlung war der US-Haushalt für das kommende Jahr noch nicht beschlossen. Was Beobachter als einmaligen Vorgang bezeichnen scheint einen Trend vorzugeben: Danach wird die Generalversammlung künftig aktiver als bisher im Bereich der Friedenssicherung von ihrem Haushaltsrecht Gebrauch machen, wenngleich die Mandatierung durch den Sicherheitsrat weiterhin an umfassenden Mandaten festhält und neue Krisen auch künftig weitere Friedenssicherungseinsätze nicht ausschließen.
11. Deutschland sollte daher zur Unterstützung der Reformagenda und zur Wahrung eigener Interessen folgende Maßnahmen ergreifen:
  - Deutschland sollte die Bereiche der UN unterstützen, die für eine aktive und erfolgreiche Konfliktprävention benötigt werden. Friedenssicherungsmissionen sind ein wichtiges Instrument der internationalen Gemeinschaft zur Stabilisierung von Konfliktregionen. Diese sind jedoch zumeist nur Reaktionen auf eine Krisenlage. Für eine wirkungsvolle Prävention sollten die UN mehr Optionen zum Agieren als zum Reagieren erhalten. Dafür bedarf es – im Sinne der SDGs – eines ganzheitlichen Ansatz, der auch die wirtschaftlich-soziale Dimension der Konfliktprävention einbezieht. Daher sollte Deutschland erstens den Beitrag zur Kernfinanzierung für das UNDP verbessern und zweitens UN-Organen unterstützen, die sich aktiv mit Fragen der Menschenrechte befassen und dabei sich für eine Konfliktprävention unter Einbeziehung der Mechanismen des Menschenrechts einsetzen.
  - Deutschland sollte sich zukünftig noch mehr in der bi- und multilateralen Kooperation für eine Stärkung der Kapazitäten von Regionalorganisationen im Bereich Frieden- und Sicherheit



einsetzen. Insbesondere die Afrikanische Union und ihre Regionalorganisationen sollten gestärkt werden, da die meisten Gewaltkonflikte auf dem afrikanischen Kontinent ausgetragen werden und Deutschland gemeinsam mit Europa eine besondere historische Verantwortung in Afrika trägt. Dieses Ziel sollte auf Augenhöhe mit den afrikanischen Partnern verfolgt werden und unter Wahrung ihrer Souveränität.

12. Die langfristige Reduzierung des Budgets für die UN-Friedenssicherung scheint unvermeidbar und unter diesen Umständen gestaltet sich vorausschauende Planung als zunehmend schwierig. Vor allem werden Budgetkürzungen zu einer drastischen Verringerung der militärischen und logistischen Kapazitäten führen, die oftmals in schwierigem Terrain der einzige Garant für Zugang und Bereitstellung von humanitärer Nothilfe sind. Deutschland sollte sich auch weiterhin für die Friedenssicherung einsetzen und diese finanziell, personell und logistisch unterstützen (unter anderem durch eine Mitgliedschaft in Experten-Ausschusses wie dem ACABQ<sup>6</sup> und Verwaltungs- und Haushaltsausschuss). Die Stärkung ziviler Kapazitäten durch das Zentrum für internationale Friedensmissionen (ZIF) ist daher zu begrüßen. Debatten im Bundestag zum Beitrag Deutschlands unter Einbezug der einschlägigen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung sind wichtig, um den deutschen Beitrag für die Friedenssicherung über das Erfordernis eines Parlamentsvorbehalts hinaus demokratisch zu legitimieren. Das Auswärtige Amt könnte sich für eine verstärkte Zusammenarbeit von Stabilisierungseinheiten mit den europäischen Partnern einsetzen, um diese Doktrin und das Wissensmanagement in diesem Bereich zu stärken.
13. Die Reformagenda und Haushaltskürzungen gelten jedoch auch als Chance betrachtet werden, um die Kernaufgaben der UN-geführten Friedensmissionen zu bestätigen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die aktive Umsetzung der Reformen, die unter anderem eine Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen vor Ort vorsehen, wo der Analyse und Entwicklung von Strategien gegen Milizen sowie terroristische und kriminelle Netzwerke eine wichtige Rolle zukommt. Zum anderen wird deutlich, dass die politischen Aspekte im Vordergrund stehen (sollten), so wie dies auch im Abschlussbericht des Expertenpanels (HIPPO) als „Primat der Politik“ bezeichnet wurde. Auch die besondere Rolle der Vereinten Nationen mit Blick auf den Menschenrechtsschutz gilt es, im Auge zu behalten, nicht zuletzt mit Blick auf „robustes peacekeeping“ und den Einsatz militärischer Gewalt unter Beachtung und im Rahmen des humanitären Völkerrechts. Reformen eröffnen neue Chancen, die Schutzverantwortung zwischen den Staaten einerseits und den Vereinten Nationen andererseits zu regeln und an den Vorrang des staatlichen Schutzauftrags zu appellieren. Radikale Budgetreduzierungen sind jedoch auf jeden Fall kontraproduktiv, denn sie setzen Investitionen der vergangenen Jahre aufs Spiel.
14. Wichtige zentrale Aspekte der Präventionsagenda des Generalsekretärs, rechtzeitige Erkennung von Krisen und frühzeitiges Handeln, erfordern auch weiterhin die personelle und finanzielle Unterstützung durch die Mitgliedstaaten. Frieden, Sicherheit und Stabilität, so die Erkenntnis während der DGVN-Mitgliederreise, bleiben weiterhin Voraussetzung für nachhaltige ökologische Entwicklung, und die Erfüllung des Schutzauftrags unter Wahrung der Menschenrechte eine wichtige

<sup>6</sup> Advisory Committee on Administrative and Budgetary Questions, <http://www.un.org/ga/acabq/>



Norm für die Vereinten Nationen. In diesem Kontext sind die Forderungen der DGVN nach Rüstungsexportkontrollen zu begrüßen und Deutschland sollte wieder zu einer treibenden Kraft im Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle werden. Hierzu zählt auch die zu führende öffentliche Debatte zur Logik der nuklearen Abschreckung beziehungsweise die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO.

### ***Öffentliche Wahrnehmung der Vereinten Nationen in Deutschland***

15. Die öffentliche Wahrnehmung der Vereinten Nationen in Deutschland ist gespalten. Zum einen werden die Vereinten Nationen als globales Forum zur Beilegung weltpolitischer Konflikte respektiert.<sup>7</sup> Auch die zahlreichen Blauhelmissionen rund um den Globus werden grundsätzlich geschätzt. Zum anderen wird die mangelnde Reformfähigkeit der im Zuge des Zweiten Weltkriegs gegründeten Institution kritisiert. Insbesondere die Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrats wird als nicht zeitgemäß eingestuft, ohne dass die Organisation von sich aus die Kraft beziehungsweise die Einigkeit aufbringt, eine zufriedenstellende Änderung zu erzielen. Zudem wird der umfangreiche Verwaltungsapparat kritisch betrachtet und gerät zunehmend unter finanziellen Druck. In den Gesprächen in den UN wurde immer wieder auch hervorgehoben, die Vereinten Nationen gerade jungen Menschen näher zu bringen. Insbesondere seien Simulationen von UN-Konferenzen mit Jugenddelegationen aus der ganzen Welt (Model United Nations – MUNs), Internet-Dialogforen zu den UN-Nachhaltigkeitszielen sowie Möglichkeiten zu Praktika bei den UN oder UN-nahen Institutionen bewährte Formen der Jugendarbeit.
16. Auch die DGVN verfügt mit ihrer Aktion „UN im Klassenzimmer“, bei der mit den Schülern zum Beispiel Sitzungen des Weltsicherheitsrates simuliert und ihnen die Vereinten Nationen und ihre Ziele auf spielerische Weise nahegebracht werden, über eine ähnliche Methode. In einigen deutschen UN-Städten (zum Beispiel in Bonn oder Dresden<sup>8</sup>) werden darüber hinaus zum Tag der Vereinten Nationen am 24. Oktober, dem Gründungstag der Weltorganisation, verschiedene Veranstaltungen mit ähnlicher Zielstellung durchgeführt. Hierzu gehören Podiumsdiskussionen mit UN-Vertretern, Tag-der-Offenen-Tür-Formate, UN auf dem Markt sowie Schulprogramme der DGVN, aber auch anderer NGOs (wie Amnesty International, der BUND, die Lokale Agenda 21 etc.), zu den verschiedenen UN-Nachhaltigkeitszielen. Es wäre zu überlegen, ob - analog zum bundesweiten Europa-Projekttag in Schulen - auch der Tag der Vereinten Nationen stärker institutionalisiert werden könnte, indem beispielsweise mit interessierten Lehrerinnen und Lehrern und Schülern an diesem Tag die Aktion „UN im Klassenzimmer“ durchgeführt wird. Ehrenamtliche DGVN-Mitglieder, unter anderem von DGVN-Hochschulgruppen, könnten dies übernehmen, in Kooperation mit anderen NGOs und den regionalen UNICEF-Gruppen. Kostengünstige DGVN-Publikationsmaterialien (zum Beispiel die „Eine Welt“-Presse) oder andere Vorlagen der Bundeszentrale für politische Bildung (Bpb) kann man in Klassensätzen bestellen. Die größte Hürde ist es, eine solche Sonderaktion in

<sup>7</sup> Video-Podcast der Bundesregierung, Merkel: Ohne UNO wäre eine schlechtere Welt:  
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2017/09/2017-09-16-podcast.html>

<sup>8</sup> Stadt Bonn, Bonn feiert den Tag der Vereinten Nationen:  
[http://www.bonn.de/wirtschaft\\_wissenschaft\\_internationales/topthemen/18961/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/wirtschaft_wissenschaft_internationales/topthemen/18961/index.html?lang=de) und  
UNU-FLORES, UN Day Dresden 2017: <https://flores.unu.edu/UNDay>





---

einen vollen Lehrplan zu integrieren. Wenn es hierzu einen vorgegebenen Rahmen, beispielsweise vom Bundesbildungsministerium oder von den einzelnen Kultusministerien der Länder, geben würde, wäre es leichter, dies zu realisieren. Das Auswärtige Amt stellt auf Anfrage das Material für die Ausstellung „UN-Standort in Deutschland“ zur Verfügung. Begleitende Aktionen (siehe oben) zumindest an allen sieben deutschen UN-Standorten (Berlin, Bonn, Dresden, Frankfurt, Hamburg, München, Nürnberg) würden ebenfalls zur Verbreitung des UN-Gedankens und damit zur Akzeptanz dieser Institution in der breiten Öffentlichkeit beitragen.